

Nein zur Schwächung des Schweizer Buchmarktes – Nein zur Buchpreisbindung

Die Buchpreisbindung wurde 1999 als unzulässige Preisabsprache verboten. Dennoch sprach sich das eidgenössische Parlament 2011 für eine Wiedereinführung aus. Dank dem zustande gekommenen Referendum von JSVP und Jungfreisinnigen hat das Volk nun das letzte Wort und somit die Möglichkeit, diese markteinschränkende Vorlage abzulehnen.

Die Buchpreisbindung ist gemäss Definition eine gesetzliche oder vertragliche Auflage, sich an einen festgelegten Preis zu binden. Verlage beziehungsweise Buchimporteure werden gezwungen, einen Verkaufspreis für Bücher festzusetzen, welcher für alle Buchhandlungen gilt.

Leidtragende wären Konsumenten und Schweizer Buchhändler

Die Buchpreisbindung legalisiert ein Preiskartell. Ziel der Befürworter ist es, das Kulturgut Buch zu schützen. Das Gegenteil wäre bei einem Ja zur Buchpreisbindung aber der Fall. In der Schweiz verkaufte Bücher würden voraussichtlich teurer, weil keine flexible Preisgestaltung mehr möglich wäre.

Nicht nur der Konsument, sondern auch der Schweizer Buchhändler würde benachteiligt. Schweizer Buchhändler müssten sich an das Gesetz halten – dieses gilt jedoch nicht für die ausländische Konkurrenz. Der Einkaufstourismus ins nahe Ausland wäre vorprogrammiert. Insbesondere kleine Buchhandlungen in der Schweiz wären die Leidtragenden, da sie nicht mehr mit einer konkurrenzfähigen Preisgestaltung auf sich aufmerksam machen könnten – sie würden gänzlich untergehen.

Buchhandel in deutscher Hand

Ein weiterer Aspekt, welcher in der Diskussion um die Buchpreisbindung nicht unterlassen werden darf, sind die Besitzverhältnisse im Buchmarkt. Über 50 % - also mehr als die Hälfte - des Deutschschweizer Buchhandels liegt in deutscher Hand. Ein Grossteil unserer Bücher aus dem deutschsprachigen Raum wird importiert. Es würden also vor allem ausländische Verlage von der Buchpreisbindung profitieren – und das gerade doppelt: Entweder durch den Verkauf ihrer durch die Buchpreisbindung teurer verkaufbaren Bücher in der Schweiz oder durch den aufgrund der Buchpreisbindung provozierten Einkaufstourismus der Schweizer Leserinnen und Leser ins nahe Ausland.

Ziel wird verfehlt

Die Buchpreisbindung soll auch für den Onlinemarkt gelten. Der grenzüberschreitende Handel, welcher dort stattfindet, macht eine Kontrolle dieses Marktes allerdings kaum möglich – die Preisbindung könnte im Onlinemarkt gar nicht durchgesetzt werden. Die gleiche Situation zeigt sich an der Schweizer Grenze: Wie sollen die Zollbeamten an der Schweizer Grenze sicherstellen, dass ein im Ausland gekauftes Buch verzollt wird? Wie soll die Schweizer Grenzkontrolle auf die Schnelle feststellen, ob der für ein Buch bezahlte Preis gemäss Buchpreisbindung eingehalten wurde? Die Fragen bleiben unbeantwortet.

Immer mehr kommen zudem die sogenannten E-Books auf (Buchinhalte, die man auf ein elektronisches Lesegerät lädt) – diese wären nicht von der Buchpreisbindung betroffen. Dies führt dazu, dass E-Books günstiger verkauft und somit indirekt gefördert würden. Dies ge-

schiebt auf Kosten des Printproduktes: was die Initianten verhindern möchten – nämlich das allmähliche Schwinden des physischen Buches - würde somit eintreffen.

Den freien Markt spielen lassen

Geschätzte Leserinnen und Leser: Würden Sie in der Schweiz ein Buch kaufen, welches im angrenzenden Ausland oder über das Internet günstiger erhältlich wäre? Würden Sie ausschliessen, je ein E-Book zu kaufen, um somit das physische Buch zu begünstigen? Würden Sie darauf achten, dass Sie Ihr Buch in einer kleineren Buchhandlung kaufen, damit diese kleineren Geschäfte nicht untergehen?

Sie sehen, wie viele Fragen darüber entscheiden, ob eine Buchpreisbindung funktioniert oder nicht. Ich bin überzeugt, dass vielleicht Sie, aber lange nicht alle Leserinnen und Leser im Sinne des Schweizer Buchmarktes denken und danach handeln.

Die freie Marktwirtschaft und der Wettbewerb sind immer noch die besten Mittel, um Gerechtigkeit und Stabilität im Markt zu wahren. Es ist eine Tatsache, dass sich auch das Buch dem Medienwandel stellen muss. Das physische Buch wird weniger gekauft – und zwar nicht aufgrund des freien Marktes, sondern weil neue Medien das ursprüngliche physische Buch teilweise vom Markt verdrängen. Diese Entwicklung lässt sich durch staatliche Interventionen nicht verhindern.

Es gilt, sich dem Medienwandel und der daraus resultierenden Herausforderung zu stellen. Für eine gesunde Wirtschaft muss deshalb auch für das Buch weiterhin der freie Markt spielen. Stimmen Sie deshalb am 11. März NEIN zum „Bundesgesetz über die Buchpreisbindung (BuPG)“.